

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Postbezugsnehmer sämtliche Postkonten-Bestellungen erfragen. Unter Drucklegung des Reichs-Verlags für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, die Türkei, die polnischen Gebiete Polens u. Umgebung 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Ostpreußen 6 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die schlagzeilige Komposition oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Zeichnungsschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Zeichnungsschlag. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Berichte in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die kampflustigen Unternehmer

Brutale Willkür der Werftgewaltigen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Bremen, 13. August.
Die Direktion der A.G. Weser, die immer zu den brutalsten gehört, hatte versucht, der Arbeiterschaft eine schändliche Betriebsordnung aufzuzwängen und das Affordsystem zu verschlechtern, die jedoch einstimmig abgelehnt wurden. Auf dem Umweg über die Angelegten versuchte die Direktion gestern trotzdem, ihr Ziel zu erreichen. Als die Betriebsratsmitglieder (je einer von jeder Partei) an diesen Verhandlungen teilnehmen wollten, wurden sie von der Direktion auf Grund des Hausfriedens-Paragraphen aus dem Verhandlungsraum verwiesen. Da die Betroffenen dagegen protestierten, wurde ihnen am gleichen Tage die Kündigung ins Haus geschickt. Bei Bekanntgabe dieser Tatsache bei der heutigen Betriebsversammlung legte die gesamte Belegschaft die Arbeit nieder so lange, bis die Betroffenen wieder eingestellt seien. Heute morgen wurde mit der Direktion, dem Betriebsrat und den Vertretern des Metall- und Holzarbeiterverbandes verhandelt. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, da die Direktion eine Preistage daraus machte. Die Direktion kündigte an, daß das Gewerkegericht mit dem Fall befaßt würde und unter keinen Umständen vor der Entscheidung eine Wiedereinstellung der Entlassenen erfolgen würde.

Staatsarbeiterfreier in Bremen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Bremen, 13. August.
Seit Monaten stehen die Bremer Staatsarbeiter in Lohnverhandlungen, die vom bürgerlichen Senat grundlos verschleppt wurden, trotz der geradezu unerträglichen Lage der Staatsarbeiter. Gefordert war eine Stundenloohnerhöhung von 60 Pf. Ein Schiedsspruch in zweiter Instanz genehmigte 15 Pf. für Verheiratete und 5 Pf. für jedes Kind.
Eine stark besuchte Staatsarbeiterversammlung lehnte gestern abend diesen Schiedsspruch ab und beschloß mit vier Fünftel Majorität den sofortigen Streik. Seit heute morgen liegen sämtliche Staatsbetriebe still. Die Krankenanstalten werden versorgt.

Die Verbrecher am deutschen Volke

Die Aushungerungspläne der Agrarier

Die Unlust der agrarischen Kreise zu steuerlichen Leistungen ist seit altersher bekannt. Sie geht zurück auf die in früheren Zeiten übliche Steuerfreiheit des grundbesitzenden Adels. Die neuere Entwicklung des Staatslebens hat diese Vorrechte der Grundbesitzer aufgehoben. Ihre Abneigung gegen das Steuerzahlen aber ist geblieben. Durch die ganzen Steuerberatungen der Nachkriegsjahre zog sich wie ein roter Faden der Widerstand der agrarischen Kreise gegen jede steuerliche Belastung ihres Besitzes und Erwerbes. Und doch ist es eine unbestrittene Tatsache, daß die agrarischen Kreise durch die Verhältnisse während des Krieges eine Konsolidierung und ein Anwachsen ihres Geld- und Wertbestandes zu verzeichnen hatten, wie kein anderer Volksteil. Dazu kommt, daß die Eigenart der ländlichen Wirtschaftsführung die Steuererhebung außerordentlich erschwert und die Verschleierung begünstigt.

Aber mit der Abneigung gegen die Steuerleistung allein begnügen sich diese Herren heute nicht mehr. Die Steuerpolitik der Helferrich und Konsorten, die jede steuerliche Erfüllung der großen Vermögen oder Vermögensbildungen auf schärfste bekämpften, hat reife Früchte getragen. Der deutsche Agrarier hat sich als „Landbau“, die neue Firma für den „Bund der Landwirte“, propagiert sehr ganz offen den „Streik der Landwirte“ als Kampfmittel gegen die neuen Steuerprojekte der Reichsregierung. Dieser verbrecherische Plan wird nicht nur hinter allgemeinen Wendungen verbergt, sondern er ist schon bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, hat der Reichslandbund an die ihm angeschlossenen Organisationen ein Rundschreiben (gez. von Wöbke) verschickt, in dem er ihnen von dem Plan des Brandenburgischen Landbundes Mitteilung macht zur Abwehr der neuen Steuerpläne der Reichsregierung in einen „Streik der Landwirte“ einzutreten. Dem Plan sind genaue Anweisungen beigegeben, in denen es heißt:

„Der Streik erstreckt sich grundsätzlich auf alle landwirtschaftlichen Produkte. Am wirksamsten ist der Milchstreik, der vom ersten Tage reiflos erzwungen werden muß. In jedem Kreis besteht eine Streikleitung aus 4 Personen, in jedem Bezirk ein Streikauslöser aus 2 angesehenen Landwirten, denen eine Kontrollkommission (vier handfeste energische Männer) beigegeben ist, welche die Durchführung erzwingt. In jedem Orte Streikobmann mit Streikpostentrupp, der die Durchführung kontrolliert und nötigenfalls erzwingt.“ Unter den Sperr-

Einheitsfront gegen die Teuerung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Bremen, 13. August.
Auf Anregung der U.S.P. findet heute nachmittag eine gewaltige Demonstration der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien gegen Brotwucher, Teuerung und Steuerdruck statt. Die Betriebe werden sich geschlossen an der Veranstaltung beteiligen.

Aus dem schwärzesten Deutschland

Eine neue Gewalttat Doehners

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 13. August.
Die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie in München richtete gestern an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm:

In Widerspruch zum Artikel 119 der Reichsverfassung hat der Polizeipräsident Doehner die „Münchener Morgenpost“ verboten. Das Verbot erhebt den Vorwurf landesverräterischer Schreibweise. Wir stellen die bisher erschienenen 48 Nummern zur Prüfung durch unparteiische Reichsbeamte zur Verfügung und erwarten angefaßt der Verfassungsverletzung die Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte.

Wir wollen abwarten, ob der Reichspräsident und die Reichsregierung den Mut und den Willen aufbringen, die bayrische Regierung, die für den neuen Gewalttat des Münchener Polizeipräsidenten verantwortlich ist, dazu zu zwingen, die verfassungsmäßigen Rechte zu beachten. Vorher erst hat Herr Dr. Wirth bei der Verfassungsverletzung so herzbewegende Worte darüber gefunden, daß Deutschland ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit sein solle. Nunmehr ist die Gelegenheit da, den Beweis dafür zu erbringen, daß solche Worte nicht nur zum Schmutz förmlicher Stunden bestimmt sein dürfen, sondern in der Wirklichkeit Geltung haben müssen.

Landesverrat begehen nicht die, die das Regiment Rahr und Doehner bloßstellen, sondern die Träger des reaktionären Regiments in Bayern, das schon zu einer Schande vor der ganzen Welt geworden ist.

mahnahmen heißt es: „Jeder Kreis ist durch Streikposten abzusperren. Keinerlei landwirtschaftliche Erzeugnisse hinaus lassen. Bahnhöfe absperrn gegen jede Lieferung aus Kreis. Zugkontrolle auf Durchgangstation. Wagen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen anhalten. Bewachung und Abperrung von Kornhäusern, Mühlen, Produktlagern. Alle Städte im Kreis zunächst absperrn, bis ihre Solidarität mit Landwirtschaft gesichert. Dann reichliche Belieferung an ein zuverlässiges Komitee in der Stadt. Wenn Landarbeiter Streik sabotieren, Zuweisung von Hülfe durch Streikleitung. Soweit möglich, muß Besitzer in kritischer Zeit zwei Lohnraten flüssig halten. Bei längerer Streikdauer Lohnzahlung in Naturalien (reichlich). Vorteilhafte Abschlässe bzw. Lieferungen, um den Landwirt für den während des Streiks entgangenen Verdienst zu entschädigen. Vorheriges Ausbrechen einzelner durch Zwang verhindern.“

Das ist so ziemlich das brutalste und gemeinste, was je ein Teil des Volkes gegen den anderen im Schilde geführt hat. Der gerade von diesen Kreisen mit allen Mitteln der moralischen und nationalen Enttäuschung bekämpfte Aushungerungsplan der Engländer: hier wird er von eigenen Volksgenossen gegen das eigene Volk gerichtet. Kaum jemals hat die Verworfenheit und Verlogenheit dieser Kreise, die ihr Christentum, ihre Moral, ihre deutsche Treue so marktschreierisch verkünden, eine krasser Beleuchtung erfahren. Es hiesse dem Tiefstand dieser Ausbeute des wahnwitzigsten Hasses gegen das neue Regime zu viel Ehre antun, wollte man sich ausführlicher mit ihr beschäftigen. Aber wir fragen, wo bleibt hier die Regierung? Wo bleibt hier die Staatsmacht, die so schnell bei der Hand ist, wenn es sich um Streik- oder Kampfpläne der Kommunisten oder K.P.D.isten handelt? Muß nicht auch der letzte Rest von Vertrauen zur Demokratie und zur Republik verloren gehen, wenn solche Pläne, die den Ruin der Bevölkerung im Auge haben, offen propagiert werden dürfen? Ist es nicht endlich an der Zeit, daß den vielen ungeführten Untaten, die von rechts gegen die Republik ins Werk gesetzt wurden, endlich ein Damm entgegengesetzt wird? Ist nicht hier Gelegenheit für den Reichslandwirter, seine so oft dargelegte Auffassung vom inneren Wert der Demokratie und der Republik durch die Tat zu bekräftigen? Der energischste Kampf gegen diese Kreise muß sofort aufgenommen werden!

Praktische Nützlichkeitsgegner — zur Nachahmung empfohlen. Eine Eigengiererei in Roubais (Nordfrankreich) hat von einer auswärtigen Regierung eine Beteiligung auf Metallhüllen für Granaten erhalten. Die Arbeiter weigern sich jedoch, diese Arbeit zu verrichten und sind in den Streik getreten.

„Berweichlichung“ der Strafrechtspflege

Der Reichsrat gegen weibliche Geschworene und Schöffen

Unter den Vorlagen, die der Reichstag nach den Sommerferien zu beraten haben wird, befindet sich auch der Entwurf eines Gesetzes, demzufolge in Zukunft auch Frauen das Amt eines Laienrichters als Geschworene oder Schöffen bekleiden können. Mit der Annahme dieses Gesetzes würde eine sehr wichtige sozialistische Gegenwartsforderung erfüllt werden. Aber auch gewisse bürgerliche Kreise haben sie sich zu eigen gemacht, und insbesondere die fortschrittlich gesinnten Frauen selbst kämpfen fast ausnahmslos für die restlose Durchführung ihrer staatsbürgerlichen Gleichstellung, die ein gutes Stück vorwärts gebracht wäre, wenn das Privileg der Männer auf die Rechtsprechung aufgehoben würde. Sehr bezeichnend ist, daß selbst die so parteifrommen Zentrumsfrauen in diesem Fall wider den Stachel ihrer Hirten gelöst haben und ihre Vertreterinnen im Reichstag sich jener Mehrheit angeschlossen, welche die Vorlage des Gesetzes über die Zulassung der Frauen zum Laienrichteramts von der Regierung forderte.

Zunächst aber hat der Reichsrat das Wort, jenes merkwürdige Mittelstück zwischen Bundesrat und Herrenhaus alten Stils, dessen Wirken sich im wesentlichen dadurch bemerkbar macht, daß es die parlamentarische Arbeit sabotiert. Der Reichsrat hat den Gesetzesentwurf abgelehnt. Er ist ihm, was wir gern glauben, herzlich unsympathisch. Aus einem einzigen Grunde: Die Teilnahme der Frauen an der Rechtsprechung könnte dazu führen, daß bei den Entscheidungen der Schöffen- und Schwurgerichte mehr gelunder Menschenverstand und menschliches Empfinden sich bemerkbar machen, als bisher. Die Furcht, der weniger brutale Sinn der Frauen könnte selbst bei dem Klassencharakter unserer Gerichte eine Ver menschlichung der Rechtsprechung herbeiführen, läßt den freilich ausfallslosen Versuch begreiflich erscheinen, die Frauen auch weiterhin dem Geschworenen- und Schöffenamt fernzuhalten.

Nicht weniger als fünf Gründe weiß der Reichsrat für seine Ablehnung anzuführen. Davon ist einer echt; wir haben ihn bereits erwähnt und werden zum Schluß noch einmal darauf zurückkommen. Die übrigen vier stammen aus dem alten, wohlbekannten Arsenal, aus dem man sich schon die Waffen gegen das Frauenwahlrecht holte. Sie sind längst nicht nur theoretisch, sondern auch durch die Praxis widerlegt, und es stellt eine besonders große Heuchelei dar, wenn der Reichsrat mit ihnen dennoch treiben geht. Er selbst erbringt dadurch den besten Beweis, daß es sachliche Gründe gegen die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene nicht gibt.

Für den Reichsrat bildet zunächst die „seelische Eigenart“ der Frau einen Gegengrund, da sie in weit höherem Maße als der Mann „gefühlsmäßigen Einflüssen“ unterworfen sei, die sie in der „von Gefühlen unbeflügelten objektiven Aufnahme und Beurteilung von Tatvorgängen“ behindern. Bekanntlich sind männliche Geschworene stets von der Objektivität eines photographischen Apparats, und es hat daher auch noch niemals im Bestreben einer Staatsanwaltschaft gelegen, die Geschworenenbank nach bestimmten Gesichtspunkten zusammenzusetzen! Es ist daher reiner Zufall, wenn bei Prozessen gegen Arbeiter stets deren politische Gegner auf der Bank der Laienrichter sitzen, während Proletarier merkwürdigerweise fast nie als Schöffen oder Geschworene ausgelost werden. Wahrscheinlich gilt für sie die gleiche „seelische Eigenart“, wie für die Frauen?

Wir sind nun nicht optimistisch genug, zu glauben, daß durch die Zulassung der Frauen zum Laienrichteramts sich der Charakter unserer Rechtsprechung als Klassenjustiz wesentlich ändern wird. Nach wie vor wird sie den jeweils herrschenden Machtverhältnissen entsprechen, wird sie das Spiegelbild des kapitalistischen Systems sein und dessen Interessen wahren. Die Forderung der Gleichberechtigung der Frau auch in der Justiz ist grundsätzlich eine Natur. Ihre praktische Durchführung entspricht übrigens nur der Reichsverfassung, die nach Kräften zu sabotieren das Bestreben aller Reaktionäre ist. Daher ihre plötzliche zarte Rücksichtnahme auf die „seelische Eigenart“ der Frau.

Aber auch körperlich sind die Frauen den Anstrengungen des Laienrichteramts nicht gewachsen, sagt der Reichsrat. Ihre körperliche Beschaffenheit bedinge eine regelmäßig wiederkehrende Schonungsbedürftigkeit, ein Zustand, während dessen sie bei „erhöhter Reizbarkeit“ besonders stark Gefühle in sich auslösen lassen. Wir wissen nicht, ob sich hinter diesem Argument eine Rücksichtnahme auf die Frauen oder auf die Angelegten verbirgt. Denn die reizbare Frau wird doch höchstens solchen Gefühleinflüssen zugänglich sein, die für den ihrem Urteil Ausgesetzten nachteilig wirken können. Ihr physischer Zustand würde also in diesem Falle wieder gutmachen, was ihre seelische Eigenart „verdirbt“. Wenn irgendeine, so wird die unter ihrem körperlichen Zustand leidende Frau in ihren Urteilen sich am meisten der männlichen Rechtsprechung nähern. — Auch hier wieder überflüssige Heuchelei. Tausende von Frauen üben trotz ihrer physischen Beschaffenheit schwere und verantwortungsvolle Berufe aus — man denke z. B. an die Lehrerinnen —, die rasche und gerechte Entscheidungen ver-

Der Bankrott des Obersten Rates

In der Pariser Presse ist ein Streit darüber entstanden, wer für die Ueberweisung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbundrat verantwortlich sei. Ein Teil der Blätter behauptet, daß die Anregung von französischer Seite ausgegangen sei, und daß es durchaus den Wünschen der französischen Regierung entspreche, wenn der Völkerbundrat ein Gutachten, dem sich auch Frankreich fügen werde, abfasse. Andere Blätter dagegen vermuten hinter dem Beschluß des Obersten Rates eine englisch-italienische Intrigue, mit der man Frankreich überfallen habe. Wenn Frankreich sich geweigert hätte, der Resolution zuzustimmen, so wäre zweifellos der Bruch eingetreten, und da von den vier Alliierten drei der gleichen Auffassung waren, so wäre Frankreich in eine juristisch peinliche Isolierung geraten, aus der nur Deutschland Vorteile gezogen hätte. Ein Blatt sagt, man müsse Zweifel an der Unabhängigkeit und Gerechtigkeit des Obersten Rates hegen. Es könnte schließlich dazu kommen, daß französische Soldaten gezwungen werden, den Polen eine Teilung aufzubringen, die ein Spanier, ein Brasilianer und ein Chinese beschlossen hätten. Eine besondere Achtung vor dem Völkerbund, der doch ein Werk der Alliierten ist, spricht jedenfalls nicht aus dieser Betrachtungsweise.

Die Stellung der französischen Regierung geht aus folgender von Havas verbreiteten Erklärung hervor:

Die Verweisung der Frage der Teilung Oberschlesiens an den Völkerbundrat wurde in den französischen Konferenzkreisen günstig aufgenommen, die eine wirkliche Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß diese heikle und verwickelte Frage damit aus dem Bereich ihrer Besorgnisse entrückt ist. In der Tat standen sich auch nach vierzigstündiger Beratung die englische und die französische Auffassung scharf gegenüber. Die Lage erschien am Donnerstag durchaus verfahren, da sowohl Italien wie auch Japan sich zu dem englischen Grenzentscheidungs-bekanntnis, während Frankreich allein seine Gegnerschaft ausreichte, weil eine solche Grenzführung für Polen ein wahrer Hohn auf jede Gerechtigkeit gewesen wäre. Trotz aller Gründe, die ihm seine Haltung zu einer gebieterischen Pflicht machten, konnte Frankreich sich nicht dem Vorwurf aussetzen, nur durch seine Hartnäckigkeit das Werk des Obersten Rates zum Scheitern gebracht zu haben. Briand war der Ueberzeugung, man müsse aus der Sackgasse herauskommen, in die der Oberste Rat sich verfahren hatte. Um zu vermeiden, daß Frankreich ganz allein dastände, erklärte er sich mit einem Schiedspruch des Völkerbundrates einverstanden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung und sodann zur Durchführung der Entscheidung werden Frankreich, England und Italien Verstärkungen entsenden, dabei auf den Standpunkt zurückgreifend, den bereits vor dem Zusammentritt des Obersten Rates die französische Diplomatie vertreten hatte, mit anderen Worten, die Inmarschierung neuer Truppen noch vor jeder Lösung. Um die ganze Lösung nochmals zusammenzufassen, kann gesagt werden, daß das vom Obersten Rat angenommene Verfahren zu einer Entscheidung führen wird, die durchaus unparteiisch ist und von keiner Seite angefochten werden kann.

Wenn die französische Regierung sich in dieser Stellungnahme auch durch das sicher zu erwartende Geschrei der französischen Nationalisten nicht beeinflussen läßt, so ist trotz der neuen Verzögerung eine Lösung der ober-schlesischen Frage zu erwarten, die neuen Bestimmungen keinen Raum mehr gibt. Gegen die Entsendung von Truppenverstärkungen nach Oberschlesien kann die deutsche Regierung schon nach den Bestimmungen des Friedensvertrages keine Einwendungen erheben.

Die englische Presse begrüßt die Verweisung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbundrat, weil dadurch ein Bruch der Entente vermieden worden sei. Man nimmt dort an, daß das ober-schlesische Problem zwar noch nicht gelöst, aber auf jeden Fall überwunden sei. Es wird aber auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß innerhalb der Entente zwei einander stark gegenüberstehende Ansichten über die Haltung, die Deutschland gegenüber eingenommen werden sollte, vorhanden sei. Eine schärfere Kritik an den Vorgängen

in Paris über die „Times“. Das Blatt sagt, daß die Verweisung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbund der Entente den Bankrott der Einrichtung des Obersten Rates darstelle und der Entente schwerere Schädigungen zugefügt habe, als die schlimmsten Feinde im Kriege. Auch die liberalen „Daily News“ erklären, daß der Beweggrund dafür, an den Völkerbund heranzutreten, in der verzweifeltsten Lage des Obersten Rates zu suchen sei. Der Oberste Rat werde durch seinen Tod der Entente mehr Nutzen bieten, als durch seine ewigen Streitigkeiten.

Die letzte Sitzung des Obersten Rates

EE. Paris, 13. August.

Heute vormittag um 10 1/2 Uhr wird sich der Oberste Rat zum letztenmal versammeln. Es wird neuerdings über die Frage der Leipziger Prozesse gesprochen werden. Man erzählt nachträglich über die gestrige Sitzung, daß der englische Attorney General Swart dem Obersten Rat mitteilte, man könne drei Lösungen ins Auge fassen: Entweder die Fortsetzung der Prozesse in Leipzig, die Aburteilung der Kriegsverbrecher in contumaciam durch die Alliierten oder — die vollständige Aufgabe der ganzen Angelegenheit. Bekanntlich wurde eine Kommission eingesetzt, die ein Gutachten vor der heutigen Sitzung abzulegen hat. Sodann wird die wichtige Frage der Sanktionen im Rheinlande zur Sprache kommen. Diese war schon in den letzten Minuten der gestrigen Nachmittags-sitzung in Angriff genommen worden. Der Kriegsminister hatte bereits einen Vortrag über die Lage im Rheinlande begonnen. Es wird angenommen, daß auch diese Frage einer Kommission zur Erledigung überwiesen werden wird. Auch die Frage der russischen Hungerkatastrophe wird erörtert werden, es steht jedoch nicht fest, ja, es ist ziemlich unwahrscheinlich, ob man eine internationale Kommission ernennen wird. Nach englischen Informationen sind wegen der Zusammenkunft und des Sitzes dieser Konferenz Schwierigkeiten entstanden. Ferner wird man über die Militärkontrolle in Deutschland sprechen. Das interalliierte Militärkomitee von Versailles hat bereits seinen Bericht erstattet. Es erklärt, daß die Abrüstung Deutschlands noch nicht beendet sei, und daß daher die Kontrolle fortgesetzt werden müsse. Doch gewisse Regierungen forderten, wie der „Matin“ erklärt, daß diese Kontrollkommission nicht mehr in Berlin verbleibe, sondern sich darauf beschränke, sich in einem benachbarten Lande niederzulassen und von Zeit zu Zeit durch Delegationen über die Lage in Deutschland die notwendigen Informationen erhalten solle. Endlich wird auch die Frage der Abhebung von Truppenverstärkungen in ihrer Einzelheiten geregelt werden.

Die Absichten des Völkerbundes

EE. Paris, 13. August.

Ueber die Absichten des Völkerbundes erzählt man bisher folgendes: Briand lud den Präsidenten des Völkerbundrates, den japanischen Botschafter Nishi ein, den Völkerbundrat einzuberufen. Nishi hat die Absicht, dies am 20. August zu tun. Man nimmt an, daß dies noch vor der eigentlichen Sitzung des Völkerbundes am 1. September in Genf erfolgen wird. Man glaubt, daß der Oberste Rat zunächst einen Berichterstatter ernennen wird. Eine Woche später werde sich dann der Völkerbund mit der Angelegenheit beschäftigen können. Es gibt jedoch Zeitungen, die befürchten, daß sich die Verhandlungen des Völkerbundrates über sechs Wochen hinziehen könnten. Auch Lloyd George scheint dieser Ansicht gewesen zu sein, daß der Völkerbund eine Entscheidung nicht rasch fällen könne, daraus erklärt sich auch der Umstand, daß er dem französischen Standpunkt Rechnung trug und der Entsendung von Truppen zustimmte.

Deutsche und polnische Vertreter im Völkerbundsrat

EE. Paris, 13. August.

Bei der Sitzung des Völkerbundrates werden je ein deutscher und ein polnischer Vertreter anwesend sein können. Polen ist dieses Recht in den Bestimmungen der Völkerbundakte ausdrücklich zugesprochen, da es Mitglied des Völkerbundes ist, Deutschland kann dieses Recht beanspruchen, weil es in Oberschlesien interessiert ist.

langen. Wenn aber der Reichsrat meint, daß, abgesehen von diesen besonderen Umständen, die Frau vielfach den körperlichen Anforderungen längerer Hauptverhandlungen nicht gewachsen seien, so erinnern wir ihn daran, daß im Kriege doch den Frauen Arbeitsleistungen zugemutet wurden, die wirklich männlicher Robustheit entsprachen, und man es damals als eine Selbstverständlichkeit ansah, daß sie sich nicht hinter ihrer „pöfischen und seelischen Eigenart“ verchanzten. Das Bedenken des Reichsrats ist leicht zu beheben: Man wähle recht viele Arbeiterinnen zu weiblichen Laienrichtern, sie werden auch die längste Hauptverhandlung als eine Erholung empfinden gegenüber dem, was ihre Tagesarbeit von ihnen verlangt.

Aber, meint der Reichsrat, Männer lassen sich ungern von Frauen aburteilen, die Achtung vor den Gerichten und deren Ansehen könnte dadurch herabgesetzt werden. Nun, dem Unschuldigen wird es gleich sein, ob sein Freispruch nur aus männlichem Munde oder auch aus weiblichem erfolgt. Auf Schuldige aber so zarte Rücksicht zu nehmen, scheint uns um so weniger angebracht, als bisher ja auch die Männer sich nicht scheuten, über Frauen zu urteilen, obwohl dies oft für die Angeklagte weit peinlicher ist, als je die Verleugung des „männlichen Ehrgefühls“ durch weiblichen Richterpruch sein könnte. Was aber die Achtung vor den Gerichten und deren Ansehen betrifft, so sind diese in Deutschland durch die „männliche“ Rechtsprechung derartig in Verrut gekommen, daß es höchste Zeit ist, durch die Zulassung der Frauen den Versuch zu machen, das Vertrauen zur Rechtsprechung wieder zu heben.

Gerade das aber fürchten die Gegner des Laienrichtertums der Frauen, fürchtet auch der Reichsrat. Das ist sein einziger wahrer Grund. Seine ganze Ablehnungspolitik ist nur da aufrichtig, wo sie sagt:

„Die Frau sieht an Entschlußfähigkeit und der Kraft zu energischem Durchgreifen vielfach hinter dem Manne zurück. Dies birgt die Gefahr einer Verweichlichung der Strafrechtspflege in sich, die gerade unter den heutigen schwierigen Verhältnissen, wo die Kriminalität außerordentlich gestiegen ist und dem Gesetze wieder die verlorene Achtung verschafft werden muß, besonders bedenklich ist.“

Dem deutschen Volke soll die durch keinen weiblichen Einfluß gemilderte Klassenjustiz erhalten bleiben! Das ist der einzige Beweggrund, der die Reaktion jeder Couleur gegen den neuen Geleitzentwurf Sturm laufen läßt.

Interessant ist aber, daß das Elaborat des Reichsrats zum Schutze des männlichen Monopols auf die Rechtsprechung auf dem Beete der deutschen nationalen Frauentums gewachsen ist. Jedenfalls fand sich bereits vor längerer Zeit in der „Kreuzzeitung“ ein Aufsatz aus der Feder einer Dame namens Hedwig von Penz, in dem genau dasselbe steht, wie in dem Ablehnungsbescheid des Reichsrats, — nur etwas männlicher ausgedrückt. Nach ihr beruht die Rechtspflege auf einem „extrem männlichen Denkprinzip“, und „unser verrottetes Volk braucht eine straffe Justiz, die wir nicht durch die Hinzuziehung der Frau als Richter der Verweichlichung aussetzen dürfen“.

Wenn in uns Bedenken gegen den Gesetzentwurf aufkommen könnten, so wäre es nur möglich aus der Erwägung heraus, daß auch eine Hedwig von Penz vielleicht einmal Geschworene werden könnte. Sie wird sicher nicht zur „Verweichlichung“ der Rechtspflege beitragen. Die anderen Frauen aber, die den Typus der deutschen nationalen „Heldenweiber“ ebenso niedrig einschätzen wie wir, werden hoffentlich als Laienrichter dazu beitragen, die deutsche Rechtspflege, die heute wirklich auf einem „extrem männlichen“ Prinzip aufgebaut und von ihm auf den Hund gebracht worden ist, im Sinne einer höheren Gerechtigkeit zu vermenslichen.

Aufruf des Obersten Rates

L.II. Paris, 13. August.

Der Oberste Rat hat beschlossen, einen Aufruf an das deutsche und an das polnische Volk zu erlassen, um es zu ermahnen, in Ruhe die Entscheidung abzuwarten.

Die redende Hand

Gedanken zur Arbeitsschule.

Von Lotte Peemüller

Gemeinhin redet der Mund. Und das Wort regiert auch unsere Schulen. Das junge Menschenmaterial wird überspült mit einer Flut von Begriffen, Theorien, Erklärungen, aus der die Kinder-äugen demütig, ratlos, angstvoll zur Autorität des Lehrers emporblicken. Das ist die Erziehungsmethode, aus der alle die für Deutschland so charakteristischen Typen hervorgehen, die kein anderes Land in so tarifierter Form aufzuweisen hat, weil seines in so ausgeprägter Weise durch das bloße Wort erzieht. Dieses System unbeschränkter autoritativer Nachfolge auf der einen und untertäniger Passivität auf der anderen Seite ist wohl die tiefste Wurzel der bisherigen Isolierung des Deutschen und der größte Hemmschuh zur Umformung und Anpassung der deutschen Mentalität an die der übrigen Kulturen der Welt.

Seit der Revolution haben sich die vereinzelten Kräfte, die die Befreiung des Schulunterrichts von seinen eisernen Fesseln erstreben, vermehrt und begonnen, sich praktisch durchzusetzen. Ein erquickendes Beispiel dafür, wie die Sache angepaßt werden kann, bietet die Tätigkeit des Rektors Oskar Seinig, der seit 1900 die 21. Berliner Gemeindeschule in Charlottenburg, Wühlendenstraße 85, als „Versuchsschule“ zur „Arbeitsschule“ ausgebaut hat und nach hartem Kampf mit der beispiellosen Gleichgültigkeit der früheren Schulbehörden jetzt unangefochten weiterführen kann.

„Was will die Schule?“ fragt Seinig. Und er antwortet: Die bisherige Erziehung machte den Schüler ausschließlich zum Objekt; der Lehrer war nur selbstherrlich; war unmittelbare Autorität, das heißt, jeder Einfluß für die Handlungen des Schülers ging von ihm aus. Im Gegensatz dazu hat die Arbeitsschule Selbständigkeit des Schülers als ausgesprochenes Ziel, und das kann nur erreicht werden durch Selbsttätigkeit des Schülers. Die slavische, jeder persönlichen Initiative feindliche „Disziplin“ fällt fort; der Lehrer tritt in den Kreis der Schüler; das freie Wort, die Geste, das dramatisierte Geschehen und die Handbetätigung werden zu den wichtigsten Faktoren des Unterrichts. Durch allseitige Lebendigmachung der Kräfte und Fähigkeiten des Kindes erhält die kindliche Woche endlich ein gebundenes Ebenmaß. Beruhen doch neun Zehntel aller unserer Begriffe auf sinnlichen Wahrnehmungen des Auges; die Schlüsse müssen der kindlichen Woche sichtbar gemacht werden, um von ihr aufgefaßt werden zu können, und die formende, schaffende Hand (sie, und nicht die Zunge hat die Menschheit auf höhere Stufen der Zivilisation und der Kultur gehoben), ist nicht nur ein ebenso vorzügliches Instrument für den Gedanken Ausdruck, wie die Zunge,

sondern erst der wahre Vermittler der Dinge, von denen eine Menge nur durch graphische oder plastische Darstellung klargemacht werden können.

Nur durch Ringen wird Kraft erzeugt und aufgespeichert. Kraftspeicherung bedeutet Willensspeicherung. So wird dem Kinde sein wirkliches Tun ein Vergleichsmittel, ein Gleichnis für die Erkenntnis des Abstrakten, eine Leiter zum Verständnis des Ideellen; es ist aber auch gleichzeitig ein prächtiges Mittel zur Willensbildung. „Alles, was man ohne Anstrengung hat, ist nichts wert, nichts Bleibendes, Wirkendes in uns“, sagt Diesterweg, der Urvater der Pädagogik. Nur durch Ringen mit dem Material können klare Ideen entstehen, und mit diesen erst können höhere Stufen der Ideenwelt erflommen werden. Der Materie muß ihr Recht werden. Gibt man dem Stofflichen nicht seinen ihm gehörigen Raum bei der Höherbildung des Menschen, so fehlt der Bildung der reale Boden. Wir können die wirkende Hand nicht entbehren. Die Materie mit ihrer Zusammenhaltungskraft gehört nicht dem Wort, wohl aber dem Druck, dem Schub, dem Zug, dem Sub, der Sprache der arbeitenden, der „redenden“ Hand. Bei solch verinnerlichter Arbeit läßt sich die Materie nicht nur bilden, sie enthält auch dem denkenden Arbeiter ihre Geheimnisse; ja, endlich wird sie dem stetig Schaffenden ein Mittel, seine höchsten Gedanken zum Ausdruck zu bringen, ein Mittel, sich selbst zu vervollkommen.

Das „Begreifen“ mit der Hand vermittelt das Begreifen durch den Verstand. Der Tätigkeitsdrang des Kindes wird befriedigt, die Anschauungen werden berichtigt und vertieft, die Vorstellungen durch den Zwang, Realitäten genau und alleseitig zu sehen und aufzulösen, geklärt. Den Schülern werden Zwecke gesetzt, für deren Erreichung sie bewußt Mittel und Wege zu suchen haben. Das Entstehen-lassen und Entstehen-laffen regt das Kind zur Entfaltung und Übung aller seiner Kräfte an, die Eroderung des „toten Objekts“ durch Selbstformung, seine Lebendigmachung erzeugt Schaffensfreude; die Darstellung eines Zwecks, ja vielleicht sogar die Verwendung des geschaffenen Dinges für irgendeinen Zweck löst Verantwortungsgefühl aus. Die erzielte Geschicklichkeit der Hand ist von großem Nutzen für das praktische Leben. Stärker als dieses praktische Resultat aber ist die neue Einstellung zu den Dingen, die aus dem „Begreifen“ in selbstschöpferischer Arbeit erwächst. In seinem Werk lernt das Kind, die Welt von anderem Gesichtspunkt aus zu sehen; es lernt, die Welt mit anderen Augen ansehen, und es lernt schließlich auf letzter Stufe, die Welt mit den Augen eines anderen anzusehen. In der hellsicheren unbefangenen Kameradschaftlichkeit der Zusammenarbeit zwischen Lehrer und Schülern und den Schülern untereinander wird so die grundlegende Forderung des Altruismus ganz selbstverständlich zu einer wirksamen Lebensmacht.

Nicht also nur in den rein technischen und in den den Intellekt schulenden Fächern, vom Zeichnen begonnen bis zu Deutsch, Geschichte und Begriffslehre, wird mit den Kindern körperlich anschaulich gearbeitet, sondern die „redende Hand“, — man könnte auch sagen, die aus ihrer Paria-Stellung endlich erlöste schöpferische Kraft der Materie, wird auch Angelpunkt aller ethischen Fächer. Religionsunterricht, in dem Gott vom persönlichen Sternennwesen über den Gott im Herzen, den Gott in allem Vorhandenen zum Lebensprinzip hinaufgeläutert wird, führt nun letzten Endes die Kinder in jedem einzelnen praktischen Gegenstand auf das Wunder, das in ihm schlummert. Und aus dem Bewußtwerden des ungeheuerlichen Geheimnisses, das zum Beispiel in der zu einer riesigen Schleiße geformten Stahlschiene, oder in einem mit 200 Kilometer Schnelligkeit dahinsausenden elektrischen Zug liegt, entspringt eine staunende Andacht, die vereint mit dem Glauben an die unlösliche, gleichmäßige Verflochtenheit alles Menschlichen mit dem Wunder der Materie, eine Religion kraftvoller, praktischer Lebensbejahung bedeutet. Zugleich integrierender Bestandteil, — Diener und Meister der Materie, von stets neuem Staunen und Vertrauen vorwärts getrieben, ist hier der körperlich arbeitende Mensch Mittelpunkt des neuen Evangeliums.

Die Arbeiter werden begreifen, daß es ihre Religion ist, von der hier gesprochen wurde, und einsehen, welche ungeheure Bedeutung die konsequent durchgeführte Arbeitsschule nicht nur für ihre Kinder, sondern in allergrößtem Ausmaß für den Aufbau der neuen Gemeinschaftsordnung hat, in der alle Mitglieder nicht nur arbeiten, sondern den Sinn ihrer Arbeit zu verstehen und zu erleben gelernt haben.

Ein frommer Schleichändler

Eine erbauliche Geschichte hat sich jüngst vor dem Schöffengericht in München abgespielt. Der Hausdiener Josef Eisenmann von der Kurzanstalt Reumittelsbach hatte nach und nach etwa 50 Pfund Butter gehamstert und mit Aufschlag an die Gasse der Kurzanstalt weiterverkauft. Um sich bei diesem sonderbaren Geschäft auch einen Lohn für den Himmel zu erwerben, hatte er von dem Wuchererdiener 32 M. für die armen Heldenkinder an das Missionsseminar nach St. Ottilien gehandt und um Auskunft gebeten, ob er auch fernerhin Gewinn aus solchen Verkäufen nehmen dürfe. Der Antwort des Rektors von St. Ottilien, Herrn W. Karzissus Hessele, der in der Verhandlung verlesen wurde und im Gerichtssaal helle Empörung hervorrief, lautete:

Geehrter Herr Eisenmann!

Mit innigem Dank bestätige ich Ihnen den Empfang von 32 M. Missionsalmosen. Möge Ihnen dafür die Ostergabe des Auferstandenen in reichem Maße zuteil werden. Was Ihre Forderung gelegentlich des Butterverkaufs anlangt, so glaube ich,

Die 2. Internationale und der russische Hunger

Eine Bloßstellung der deutschen Rechtssozialisten

Die Leitung der zweiten Internationale, vertreten durch ihren Sekretär James MacDonald, verfenbet ein auch uns zugewandenes Schreiben, worin es als die besondere Pflicht einer jeden sozialistischen Organisation bezeichnet wird, ihr Möglichstes zur Linderung der Not des russischen Volkes zu tun. Die zweite Internationale richtet daher an die sozialistischen Organisationen aller Länder den dringenden Auftrag zur finanziellen oder materiellen Unterstützung des russischen Volkes in dem Umfange, der durch ihre eigenen Verhältnisse erlaubt ist. Eine große Hungersnot in Russland während des kommenden Winters würde unheilvolle Folgen sowohl in politischer wie in ökonomischer Hinsicht haben; nicht nur die sozialistischen Grundsätze, sondern auch die Forderungen der Menschlichkeit machen es zur Pflicht, Hilfe zu leisten.

In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit hatte es seinerzeit der Parteivorstand der S. P. D. abgelehnt, sich an einer gemeinsamen Hilfsaktion der ganzen Arbeiterkraft zu beteiligen. Die Partei, so meinte er damals, betrachtet diese Aktion als eine Sache der Menschlichkeit, sie werde sich daher lediglich an der allgemeinen Hilfsaktion beteiligen, nicht aber „Sonderaktionen“ der Arbeiterkraft unterstützen. Der rechtssozialistische Parteivorstand muß sich jetzt von dem Präsidium seiner Internationale eine Lektion darüber erteilen lassen, daß sein Standpunkt falsch war. Hoffentlich zieht er die notwendigen Lehren daraus!

Historische Wahrheiten

Entlarbung der deutschnationalen Demagogie

Es ist nicht ohne Interesse, daß historische Studien über den Ursprung und den Verlauf der Novemberrevolution mit an erster Stelle aus Bayern kommen. Und noch interessanter ist die Tatsache, daß Forststrat Dr. Escherich, der bekannte Leiter der bayerischen Einwohnerwehren, der Urheber jener Studien ist. Er gibt unter dem Titel „Der Kommunismus in München“ eine Schriftenfolge heraus, die auf Grund bisher unveröffentlichten, amtlichen Materials von einem in der kritischen Zeit an höherer Stelle tätigen Manne bearbeitet ist. Dr. Escherich bürgt dafür, daß jede Revolutionsfreundlichkeit ausgeschlossen ist. Daß die deutschnationalen Geschichtsfälschungen trotzdem in keiner Weise bestätigt werden, gibt der Publikation ihren besonderen Wert.

Nach dem üblichen deutschnationalen Sprachgebrauch ist die Novemberrevolution gewaltsam von einigen landfremden Elementen gegen den Willen der übergroßen Bevölkerung in Szene gesetzt worden. Das Hauptargument ist dabei die „Dolchstoßlegende“. In Verfolgung dieser Geschichtslüge wird alles, was sich nach Kriegsausbruch an schlimmen außen- und innenpolitischen Nachwirkungen in Deutschland gezeigt hat, den Sozialisten und Revolutionären in die Schuhe geschoben.

Daß in Wirklichkeit die mit der langen Kriegsdauer untrennbar verbundenen Beschränkungen des Wirtschaftens, der allgemeine Mangel an allen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln und nicht zuletzt die schrecklichen Menschenverluste im Volke jene Stimmung hervorriefen, die die Revolution als Erlösung betrachtete, bestätigt die Escherichschrift besonders für die bayerischen Bayern. Es heißt da:

„Während des Krieges steigerte sich die allgemeine Unzufriedenheit gewisser Kreise durch den weitverbreiteten Glauben, daß Bayern zu den landwirtschaftlichen Kriegslieferanten (vor allem von Vieh) vom Reiche härter herangezogen würde als die übrigen Bundesstaaten. Der Bayer empfand die Beringerung der Biercrone und die Verschlechterung der Qualität dieses Nationalgetränkes besonders schwer, und den Südbayern als ausgesprochenen Fleischesser und Gemüservorliebhaber traf die Einschränkung des Fleischverbrauchs viel härter als z. B. den Norddeutschen. Der Bayer empfand auch viel schwerer als dieser die Unmenge bürokratischer Bestimmungen, welche die Kriegswirtschaft notwendigerweise mit sich brachte... Die allgemeine Unzufriedenheit erfasste unter diesen Umständen auch den Bauern, der bekanntlich 65 Prozent des bayerischen Volkes ausmacht. Obwohl es ihm finanziell ausgezeichnet ging, überzog doch bei ihm allmählich der Unwille die Günst der eigenen wirtschaftlichen Lage, und das Wort „Revolution“ war seit dem

Sommer 1918 ein Begriff, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand.“

Ganz ähnlich äußert sich auch Dr. rer. pol. Mattes in einer Studie über „Die bayerischen Bauernräte“. Dort wird über die Königstreue der bayerischen Bauern folgendes gesagt:

„Durch den Krieg war auch ein großer Teil der sonst königstreuen bayerischen Bevölkerung zu Gegnern der Monarchie geworden. Der Landbewohner neigt dazu, die Kriege als Privatschicksale des Monarchen zu betrachten. In dem ihn umgebenden Adel sah die bayerische Bevölkerung den Hauptträger der den Krieg verlängerten Forderungen der Gebietsvergrößerung und Kriegsentfaltung. Beseitigung der Monarchie bedeutet ihre Befreiung der Schuldigen am Kriege.“

Also dieselben bayerischen Bauern, die heute um jeden Preis ihre Vaterstadt an der Revolution verleugnen möchten und sich in jedem Pharisäertum gegen die neue Ordnung wehren, sie sind die eigentlichen Träger der Revolution in Bayern. Die Arbeiterbewegung kommt gegenüber der Ueberzahl der Bauern in Bayern nicht in ähnlicher Weise zum Ausdruck wie etwa in Preußen. Die Rechtssozialisten wollten die Revolution nicht, was ebenfalls die Escherichschrift hervorhebt, die Unabhängigen waren unerschütterlich schwach, wenn sie auch die Führung der Bewegung übernahmen.

Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, dies festzustellen, und es ist von hohem Wert, daß ein Gegner des Sozialismus diese Feststellungen macht. Die deutschnationalen Demagogen ist damit in ihr innerstes Mark getroffen. Es schwimmt ihr ein Zell nach dem andern fort. Weder die „Dolchstoßlegende“ noch das „Revolutionsverbrechen“ üben auf ernste Menschen Zugkraft aus. Die deutschnationalen Demagogen kann nur noch im Dunkel der politischen Feh- und Wählerarbeit gedeihen, sie scheut die Helle der historischen Wahrheit.

Ordensverleihung in der Republik

Die Weimarer Verfassung, deren zweijähriges Bestehen dieser Tage feierlich gefeiert wurde, hat das Verleihen von Orden und Ehrenzeichen in der Republik abgeschafft. Im „Weimarer Anzeiger“ vom 11. August 1921 ist folgendes zu lesen:

„Dem Rechnungsrat Herrn Wilhelm Dittert in Weimar ist am 5. April 1921 vom Reichswirtschaftsminister das gelobte Dienstauszeichnungskreuz für Offiziere nebst Befähigungsurkunde verliehen worden.“

Wir nehmen zur Ehre des Herrn Dittert an, daß er die Reichsverfassung, die er noch vorgestern mißlehnte, auch jetzt nicht pflichtgemäß wäre es allerdings, auch danach zu handeln. Denn wenn die Regierungsmitglieder mit der Verfassung Schindluder treiben, ist es nur natürlich, daß die Reaktionen aller Schattierungen ebenfalls auf die Verfassung pfeifen.

Geistige Sklaven

Der Zentralkomitee der R. K. P. D. hat kürzlich verkündet, daß innerhalb der Partei volle Meinungsfreiheit herrsche. Wie diese Meinungsfreiheit aussieht, darüber werden wir durch einen Beschluß des Bezirksausschusses der R. K. P. D. für Rheinland-Westfalen unterrichtet. Es handelt sich dabei um den Fall Schläpfer. Dieser hatte als Redakteur der kommunistischen Rheinischer „Bergischen Volksstimme“ die Gottähnlichkeit der Zentrale angezweifelt und sich auch gegen die Schreibweise der „Roten Fahne“ gewendet. Er wurde daraufhin kurzerhand seines Postens als Redakteur enthoben. Die Rheinischer Kommunisten sprachen jedoch Schläpfer das Vertrauen aus und bestimmten, daß er auf seinem Posten verbleiben solle. Der Bezirksausschuss, dessen Beschlüssen die Mitgliedschaften Folge leisten müssen, hat in dieser Angelegenheit nunmehr folgenden Beschluß gefaßt:

„In Sachen des Genossen Schläpfer wird eine aus drei Genossen bestehende Kommission gewählt, die in einer spätestens in 14 Tagen einzuberufenden Generalversammlung den Genossen Schläpfer auffordert, seine Stellung zur Frage der Grenzen der Kritik und des Verhältnisses zwischen Parteiorganisation und Presse klar und ausschließlich zu äußern in einer Erklärung, die zeigt, daß er seine bisherigen Anschauungen revidiert hat.“

Anßerdem soll Schläpfer erklären: Als Redakteur der kommunistischen Presse werde ich in Zukunft als Beauftragter der Partei mich stets dem Mehrheitswillen, der in Beschlüssen und Leitlinien niedergelegt ist, unterordnen.

Welch ein Feld eröffnet sich hier der antiseemischen Dumm- und Frechheit! Wie wäre es, wenn die Ritter der „Wahrheit“ mal einen Streifzug durch die übrigen Gebiete der Weltliteratur machten, die ihnen ja offenbar eine terra incognita ist? Sollte sich nicht nach erprobter Methode feststellen lassen, daß Homer den Vornamen Ijidor trug und daß Dante eigentlich Danteles hieß? Seine bedenklich gebogene Nase läßt doch das Schlimmste vermuten. Frisch auf also zur fröhlichen Judenjagd in den unergründlichsten Geiseln der Weltliteratur! Was für Augen werden die „Wahrheitsfuchser“ machen, wenn sie finden, daß die Hälfte der Weltliteratur von „Judenräumlingen“ stammt, daß Goethe eigentlich Frankfurter und daß (aber das ist nun wirklich wahr) der Stifter der deutsch-völkischen Christenreligion nicht Jesus, sondern Jeschua Davidsohn hieß.

Moral der Geschichte: Wie dumm muß man sein, um ein Anhänger des Herrn Heilich sein zu können? (Das ist nämlich der Schutzpatron der „Wahrheits-Ritter“). So dumm, so unwissend und so ungebildet, wie ein Antisemit! H. S.

„Sie wittern Morgenluft!“ Sehr oft wird diese Redensart, vor allem auch in unserer Parteipresse, in einem dem ursprünglichen entgegengesetzten Sinn gebraucht. Oft heißt es da von der Reaktion: „Sie wittert Morgenluft“. Es soll damit ausgedrückt werden, sie glaube der Tag ihrer Herrschaft bräde wieder heran.

Shakespeare, der dieses Wort geprägt hat, gebrauchte es aber im „Hamlet“ in einem ganz anderen Sinne. Im 1. Aufzug 5. Szene spricht Hamlet mit dem Geist seines Vaters, der erzählt, wie er von seiner Frau und seinem Bruder ermordet wurde. Wittern in seiner Rede mahnt er sich selbst zur Eile mit den Worten:

„Doch Ham! mich dünkt, ich wittere Morgenluft. Kurz laß mich sein.“

Mit dem Fortschreiten der Nacht und dem Herinbrechen des Morgens kann Hamlets Vater doch nur das Ende seines noch mahligen kurzen Erdenwallens andeuten wollen. Das wird auch bestätigt durch den Schluß seiner Rede:

„Lebe wohl mit eins; Der Glühwurm zeigt, daß sich die Frühe naht, Und sein unwirksam Feuer beginnt zu blasen. Adel! Adel! Hamlet! gedente mein.“

Also nicht ein nochmaliges Nafeln deutet jenes Wort an, sondern im Gegenteil das endgültige Verschwinden vom Erdboden. Uns kann es also nur recht sein, wenn die Reaktion „Morgenluft wittert.“ Denn damit hat ihre letzte Stunde geschlagen.

Abbas der Bücherpreise in Frankreich. Der große Pariser Verlag Flammarion hat sich entschlossen, den Preis für seine Select-Collection, der auf 1,20 Francs erhöht war, wieder auf 95 Centimes herabzusetzen. Das Publikum hat dem Verleger diesen großzügigen Versuch schon gebannt; von den ersten Bänden der Collection, die zum neuen Preise abgegeben werden, sollen bereits 500 000 Stück verkauft sein. — Wie wär's, wenn unsere Verleger diesem Beispiel folgten?

Im Falle einer Unterschriftsverweigerung oder einer nicht befriedigenden Erklärung durch Genossen Schläpfer besteht der Bezirksausschuss auf dem Beschluß vom 9. Juli, wonach Genosse Schläpfer endgültig seinen Redakteurposten niederzulegen hat.

Wir sind nun gespannt, ob Schläpfer zu Kreuze kriechen wird. Sein Kollege Grüß, der zugleich Vorsitzender des Rheinischer Ortsvereins war und ihn während des Konfliktes ermunterte, auf seinem Posten zu bleiben, ist bereits zu Kreuze gekrochen. Er hat in der Sitzung des Bezirksausschusses eine Erklärung abgegeben, daß er „bewußt falsch gehandelt habe“, und wurde daraufhin in Gnaden auf seinem Posten belassen. Wenn Schläpfer gehen würde, müßte man ihn für einen Ehrenmann halten, duckt er sich aber wie sein Freund Grüß, dann sind beide einander wert!

Englische Justizpflege in Oberschlesien

Aus Tarnowitz wird uns geschrieben: Zur Aburteilung der Vergehen gegen die Polizeiverordnungen der interalliierten Organe sind Kriegsgerichte eingesetzt worden. In der Regel werden Richter, wenn sie sich ungebührlich benehmen, nationalistische Verhörung betreiben oder im Besitz von Waffen sind, aus dem Abstammungsgebiet verwiesen. Ob die französischen Gerichte einen parteiulichen Unterschied zwischen deutschen und polnischen Richterschlechtern machen, ist uns nicht bekannt. Bei dem hier amtierenden britischen Kriegsgericht ist jedenfalls eine Parteifälschung nicht zu beobachten. Aus der Sitzung dieses Gerichts vom 11. August sind aber zwei andere Fälle, so harmlos sie an sich sind, wegen der Art ihrer Behandlung besonders bemerkenswert. In dem einen Fall wurde ein Brautpaar, das nach der Hochzeitsfeier die Polizeistunde überschritt, freigesprochen. Der Präsident wünschte dem Paare, daß seine Ehe eine glückliche sein möge. In dem anderen Falle wurden die Eltern zweier Kinder, die englische Soldaten zu bestehlen versucht hatten, dazu verurteilt, den diebstahligen Knaben in Gegenwart eines Engländers eine gehörige Tracht Prügel zu verabreichen.

Wer auf dem Standpunkt steht, daß Kinder ohne Prügel erzogen werden sollen, dem mag auch dieses Urteil noch hart erscheinen. Immerhin aber erscheint es uns richtiger, daß die Eltern veranlaßt werden, ihre Kinder auf diese Weise zu strafen, als daß man sie durch die Gerichte ins Gefängnis stecken läßt. Wenn man im übrigen bedenkt, daß ein englisches Kriegsgericht dieses Urteil verhängt hat, und sich erinnert, wie deutsche Kriegsgerichte besonders in Belgien an Kindern gehandelt haben, so wird man zugeben müssen, daß die englische Justizpflege sich vor der unsrigen nicht zu verstecken braucht.

Die englisch-irische Verständigung

Lloyd George hat seine Rückkehr nach London mit wichtigen Wendungen in der irischen Frage motiviert. Wie erinnerlich, sind bei den Besprechungen Lloyd Georges mit De Valera, dem Präsidenten der irischen Republik, vorläufige Bedingungen ausgearbeitet worden, die dem Sinnfeiner-Parlament vorgelegt werden sollte. Als weitere Bedingung wurden sämtliche in Haft befindlichen Mitglieder des Sinnfeiner-Parlaments entlassen.

Ueber den an Lloyd George gerichteten Brief De Valeras ist öffentlich noch nichts bekanntgegeben, aber nach Angaben aus gut informierten Kreisen kann erklärt werden, daß der Brief keine Ablehnung der von Lloyd George gemachten Vorschläge enthält. Er läßt vielmehr deren Annahme voraussehen, doch wird die Erfüllung gewisser Bedingungen gefordert, zu der sich die englische Regierung noch vor Zusammentritt des irischen Parlaments, am 16. August, aussprechen möge. Man erzählt, daß De Valera namentlich die Freilassung der verhafteten Sinnfeiner, etwa 6500 an der Zahl, fordert, von denen sich 3500 in Interniertenlagern, die anderen 3000 in irischen und englischen Gefängnissen befinden. Namentlich die letzteren leben unter außerordentlich schweren Bedingungen. De Valera bereist jetzt in der Gesellschaft Cox einige Lager, um sich über die Situation der Gefangenen ein Bild machen zu können.

Heute morgen tritt das englische Kabinett zusammen. Gilcaian und General Mac Read, die Leiter der Strafexpedition in Irland, wurden nach London gerufen, wo sie heute morgen eintreffen werden.

Die interalliierte Finanzkonferenz

CC. Paris, 13. August.

Die Konferenzen der Finanzminister, die gestern um 11 Uhr vormittags und 3 und 5 Uhr nachmittags stattfanden, haben eine eigentliche Regelung der zu erörternden Fragen noch nicht gezeitigt, doch glaubt man, heute alle auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten endgültig regeln zu können. Man sprach gestern namentlich über die Besatzungskosten, über die belgische Priorität und die Hilfeleistung für Desterreich. Mit Bezug auf letztere wurde eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, bestehend aus Tannery, Bladett und Giannini, die einen Bericht vorbereiten, der den Finanzministern vorgelegt werden soll.

Es wurde ferner der wichtige Beschluß gefaßt, daß die Saarbergwerke nicht auf das Reparationskonto gebucht werden sollen, sondern ausdrücklich ihre Verwertung zur Deckung der Besatzungskosten Frankreichs finden sollen, womit diese gedeckt zu sein scheinen. So ist die Reparationskommission in der Lage, die in ihren Händen befindlichen Gelder zur Befriedigung der englischen Ansprüche aus den Besatzungskosten zu verwenden, weil England den weitgehendsten Anspruch darauf hat. Dadurch wird die belgische Priorität auf die deutschen Reparationszahlungen in zweite Reihe, Frankreichs Ansprüche werden in dritte Reihe gerückt.

Das spanische Abenteuer in Marokko

Madrid, 12. August. (Savas.)

Nach einem amtlichen Bericht aus Melilla sind Abfertigungs- und Verpflegungstruppen nach verschiedenen Stellungen abgegangen. Der Plakettkommandant von Melilla erhielt einen Brief, den General Navarro aus dem Hause eines Häuptlings geschrieben hat, in das er sich nach der Einnahme von Arreit durch die Aufständischen geflüchtet hat. Meldungen aus Eingeborenenkreisen besagen, daß General Navarro, der die Stellung von Arreit besetzte, nicht kapituliert hat, sondern im Einvernehmen mit den Führern der Harfa im Begriff stand, den Rückzug anzutreten, als die Araber, die mit der persönlichen Haltung ihrer Führer unzufrieden waren, nämlich die Spanier angegriffen hätten. Letztere hätten starke Verluste erlitten, deren Opfer nicht bekannt geworden seien.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in Belgien. Die Arbeitslosigkeit in Belgien nimmt ab. Ende Juli betrug die Zahl der Arbeitslosen 153 231 gegen 204 110 Ende Mai.

Aus der Partei

Gegen den Stadtverordneten Genossen Dr. Frey und Reußlin sind in einer Zahnärztin-Verammlung in Schwere Borwäzle erhoben worden. Der Vorsitzende der Bezirksverordnetenfraktion unserer Partei in Reußlin hat deshalb einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Genossen Frey gestellt. Diesem Ersuchen wird entsprochen werden und Freund wird sich gegen die erhobenen Vorwürfe einer Untersuchung durch die zuständigen Parteinstanzen zu unterziehen haben.

daß das völlig in Ordnung ist, da ja in keiner Weise Kaufzwang besteht, der Verkäufer immer einen Gewinn haben darf, und weil endlich die Käufer sehr reich sind.

Mit dem Versprechen unseres Gebetes grüßt in Corde Jesu, Vergeltung, bestens W. Karzillus Hessele, Rektor.

Der fromme Vater Karzillus handelt nach dem schönen Grundsatz: „Laß die rechte Hand nicht wissen, was die linke tut!“ Er rettet die Seelen der armen Heidenländer mit Schleihhandels- und Spiebergeld. Und er wird sie mit diesem Geld gewiß zu ebenso frommen und tüchtigen Schleichern erziehen, wie seine übrigen christlichen Schächel. Alles zur größeren Ehre Gottes! awost.

Walt Whitman — ein Galizier

Daß alle Antisemiten sehr dumm, sehr unwissend und sehr ungebildet sind, das ist eine Tatsache, die schon Nietzsche festzustellen des öfteren Gelegenheit hatte. Bis zu welchem Grade aber diese antisemitisch-deutsch-völkische Dummheit und Unwissenheit geht, davon kann sich nur der einen Begriff machen, der sich zuweilen mal die Mühe nimmt, einem gelehrigen Dakentenzler zuzuhören, aber einen Blick in eine der antisemitischen Zeitungen zu tun. So finden wir z. B. in der „Wahrheit“ einem Schwesterblatt der „Deutschen Zeitung“ und der „Täglichen Rundschau“ (Nr. 30 vom 23. Juli 1921) folgende Notiz:

Die „sozialistischen Monatshefte“ beschäftigen einen Dandiarer „Walt Whitman“, der vermutlich Walter Weismann heißt. Er entwirft sich z. B. folgende „Verse“:

„Ich finde, ich habe Gneis in mir, Kohle, langfädiges Moos, Früchte, Korn, ehbare Wurzel, Und bin mit einer Stuktur von Bierfäßlern und Wägeln über und über bedekt.“

Zoologie auch mangelhaft, lieber Weismann: Die Tierchen, die Sie offenbar meinen und die in Ihrer Heimat sich großer Verbreitung erfreuen, sind — sechsfüßler!

Diese Neben-, deutsch-völkischen, echt-germanischen Herrschaften halten also Walt Whitman für einen noch lebenden, mit Väusen behafteten, galizisch-jüdischen, von den sozialistischen Monatsheften engagierten Dichters. Sie wissen nicht, was jeder Konfirmand, was jede höhere Tochterhülzerin, ja was sogar Wilhelm in Amerongen sicher schon mal gehört hat: daß Walt Whitman nicht nur der größte Dichter Amerikas war und ist, sondern vielmehr die größte Erscheinung, die die Weltliteratur seit Goethe gesehen hat, mit Homer, Dante und Shakespeare in einem Atem zu nennen.

Sie wissen das nicht, man hat es ihnen nicht gesagt, und selbst die Größe und Schönheit Whitman'scher Verse zu empfinden, dazu sind sie natürlich zu dumm und zu stumpf — und so pfeifen sie mit der ihnen angeborenen deutsch-völkischen Chausse in die Blamage hinein.

